

**Interview Radio-Welt des Bayerischen Rundfunks zum Bildungspaket  
mit Dr. Gerd Landsberg, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des DStGB, Berlin**

**Radio-Welt**

Ministerin Ursula von der Leyen wird heute die Lage mit Vertretern von Ländern und Kommunen beraten. Gerd Landsberg wird auch dabei sein, beim Runden Tisch. Der Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes ist jetzt am Telefon der Radio-Welt. Guten Morgen, Herr Landsberg.

**Dr. Landsberg**

Guten Morgen, Herr Mayr.

**Radio-Welt**

Herr Landsberg, der Steuerzahlerbund sagt, Bildungspaket einfach abschaffen. Was sagen Sie, ist das Vorhaben noch zu retten?

**Dr. Landsberg**

Ich bin sicher, dass das Vorhaben am Ende erfolgreich ist. Es ist auch nicht so, dass nur 2 % diese Anträge stellen. In der letzten Woche sind es in Sachsen schon 25 % gewesen. Ich denke, das ist auf einem guten Weg. Man muss ja bedenken, dass es erst am 29. März im Bundesgesetzblatt stand. Seit 1. April kann man Anträge stellen. Das ist ganz normal, dass die Leute nicht in Doppelreihe stehen, um sich das abzuholen. Trotzdem wäre es in der Geschichte der Republik das erste Mal, dass wir soziale Leistung „nicht loswerden“. Und wenn der paritätische Wohlfahrtsverband meint, dass sei zu kompliziert, dann muss ich dem eindeutig widersprechen. Es sind simpelste Antragsformulare. Da müssen Sie etwas ankreuzen und Sie müssen es unterschreiben. Jeder Handyvertrag ist deutlich komplizierter. Man muss aber auch sagen, es sind 1,3 Mrd. Steuergelder. Ein bisschen Bürokratie muss da schon sein, wir wollen das Geld ja auch nicht zu Unrecht auszahlen oder verschleudern.

**Radio-Welt**

Aber jetzt alle Berechtigten anzuschreiben, das kostet doch zusätzlich und bedeutet enormen Verwaltungsaufwand.

**Dr. Landsberg**

Wir werden heute Morgen darüber sprechen und man muss wissen, was sind das für Berechtigte. Das sind ja in der Regel Erwerbslose, die ohnehin immer in brieflichem oder persönlichem Kontakt mit den Jobcentern stehen und wenn man da noch einmal einen Hinweis gibt, kann das hilfreich sein. Es gibt übrigens viele Städte und Kreise in Deutschland, die das bereits getan haben. Das hat auch diese Wirkung jetzt gezeigt. Wir werden sicherlich auch noch mehr Werbung machen müssen über die Lokalzeitungen oder über das Internet. Es gibt einzelne Kommunen, die haben sogar auf Youtube Filme eingestellt. Also, ich bin sicher, dass man da noch Einiges verbessern kann. Es gibt übrigens auch Hausaufgaben der Länder. Es gibt den Förderunterricht. Den müssen die Schulministerien durch entsprechende Erlasse regeln. Die fehlen teilweise. Auch das wird heute Gesprächsthema sein.

**Radio-Welt**

Es hat von Anfang an Kritiker des Bildungspakets gegeben, die haben gesagt, es wäre besser gewesen, das Geld direkt in Einrichtungen zu stecken, die für Kinder und mit Kindern arbeiten. Hatten die Recht?

**Dr. Landsberg**

Die hatten nicht Recht. Sie hatten einfach deswegen nicht Recht, weil das rechtlich nicht geht. Also wir als Kommunen hätten das natürlich toll gefunden, wenn der Bund gesagt hätte, hier 2 Mrd. oder 1,5 Mrd. für Schulen und Kindergärten. Aber, das Bundesverfassungsgericht hat ausdrücklich gesagt, es muss ein individueller Rechtsanspruch des einzelnen Kindes auf Teilhabe sein. Und damit ist das schlicht nicht vereinbar. Und ich wundere mich, dass diese alten Schlachten immer noch geschlagen werden. Das geht einfach nicht. Es gab zwei Möglichkeiten: Dieses Bildungspaket oder mehr Geld. Ich bin gegen mehr Geld. Ich glaube, dass es besser ist, gezielt zu fördern. Wir zahlen in Deutschland ohnehin relativ viel Sozialleistungen und trotzdem ist der Bildungserfolg – gelinde gesagt – bescheiden. Und deswegen glaube ich ist es der richtige Weg. Und man muss ja auch sagen, die Politik, also auch die Opposition, hat dem ausdrücklich zugestimmt, und dann finde ich es nicht fair, jetzt wieder diese Spiel – zumal sie mit der Entscheidung des Verfassungsgerichts, die uns bindet, schlicht nicht vereinbar ist.

**Radio-Welt**

Die Berechtigten haben ja jetzt mehr Zeit, Anträge zu stellen. Die Frist ist bis Sommer verlängert worden. Wird das noch helfen, die Nachfrage zu steigern?

**Dr. Landsberg**

Das wird sicherlich helfen. Man muss wissen, die Leistung können sie ja immer noch beantragen. Es geht um die rückwirkenden Leistungen für Januar, Februar, März. Und das ist richtig, das zu verlängern. Ob einer das nun im April noch macht oder im Mai, das halte ich nicht für entscheidend. Insofern unterstütze ich da auch die Ministerin, wenn wir das bis 1. Juni oder Juli verlängern.

**Radio-Welt**

Herr Landsberg, ich würde noch kurz gerne mit Ihnen ein anderes sozialpolitisches Thema ansprechen, das Bund, Länder und Kommunen angeht. Die Ein-Euro-Jobs. Diese sollen ja drastisch eingeschränkt werden. Trotzdem sind viele Hartz-IV-Empfänger darauf angewiesen. Die konnten ja dadurch dazu verdienen. Wie sehen Sie das, diese Einschränkungen?

**Dr. Landsberg**

Ich halte diese Einschränkungen nicht für gut. Das erste Argument lautet: die Leute kommen damit ja gar nicht in den ersten Arbeitsmarkt. Das Argument ist richtig, aber die Funktion eines Ein-Euro-Jobs ist natürlich, auch den Menschen das Gefühl zu geben, ich arbeite, ich werde gebraucht. Und das haben diese Ein-Euro-Jobs erfüllt. Zweitens geht es darum: Es wird immer gesagt, das verdrängt Arbeitsplätze vor Ort weil z. B. die Kommunen die Grünanlage pflegen lässt. Auch das Argument trägt aus meiner Sicht nicht. Es gibt in ganz vielen Städten, Gemeinden und Kreisen Runde Tische mit Gewerkschaften, mit der Industrie- und Handelskammer die sagen, diesen Job könnt ihr zusätzlich machen, jenen bitte nicht. Und die Beschwerden halten sich wirklich im minimalen Bereich von 4 bis 5 %. Ich weiß, dass es nicht das ideale Instrument ist, aber es ist ein wichtiges Instrument und wir sollten sehr vorsichtig sein, ob wir das noch weiter einschränken, denn bei vielen Menschen, die über Jahre arbeitslos sind, die teilweise krank sind, die familiäre Probleme haben, ist schon die Gewöhnung an einen ganz normalen Arbeitstag, auch wenn die Tätigkeit nicht besonders aufwändig ist, ein wichtiges Ziel, um vielleicht später einmal in den ersten Arbeitsmarkt zurückzukehren. Ich glaube, dass das kein gutes Signal ist.

**Radio-Welt**

Gerd Landsberg, der Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes ist heute Vormittag dabei beim Runden Tisch zum Bildungspaket und er ist gegen Einschränkungen bei den Ein-Euro-Jobs.  
Herr Landsberg vielen Dank für das Gespräch.

**Dr. Landsberg**

Bitteschön, Herr Mayr.